

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Horst Sielaff MdB zu einigen deutschen Jahreszahlen: Die Vergangenheit erinnern, die Zukunft gestalten.

Seite 1

Rose Götte MdB zur Nominierung von Frau Süßmuth zur Parlamentspräsidentin: Befreiung aus peinlicher Situation.

Seite 4

Dokumentation:

Der Berliner SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Walter Momper hält am Mittwochabend in Berlin einen Vortrag zum Thema „Bürger fordern mehr Beteiligung - Reformvorschläge für eine lebendige Demokratie“, Auszüge

Seite 5

43. Jahrgang / 224

23. November 1988

Die Vergangenheit erinnern, die Zukunft gestalten

Gedanken zu einigen deutschen Jahreszahlen

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO)

Die Spaltung Deutschlands begann bereits vor fünfundfünfzig Jahren, nämlich 1933, und nicht erst 1945, wie manche rechtskonservative Funktionäre von Vertriebenenverbänden und Politiker vermitteln wollen. 1933 wurde der Aufbau der Demokratie gestoppt, und der Versuch des Miteinanders unterschiedlicher Parteien und gesellschaftlicher Gruppen im Kampf gegen Nationalismus und Kapitalismus in Deutschland war schon im Ansatz gescheitert. Diejenigen, die ihre Ideologie des „rein deutschen“ Volkes immer aggressiver vertraten und einen geschlossenen Siedlungsraum für dieses Volk - der bei Bedarf nach Osten erweitert werden sollte - anstrebten, übernahmen die Macht.

1938, vor fünfzig Jahren also, sahen die deutschen Nationalisten die reale Chance, ihren Zielen einen großen Schritt näher zu kommen. Aus der Position der Stärke, mit dem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts und unter Ausnutzung eines heute kaum noch nachvollziehbaren nationalen Hochgefühls der Deutschen - auch der „Volksdeutschen in anderen Staaten - wurde Österreich ans „Reich“ angeschlossen. Nach dem jubelnden Empfang der deutschen Truppen in Wien unterschrieb Hitler bald darauf, am 30. Mai 1938, die Weisung zur Vorbereitung einer militärischen Aktion gegen die Tschechoslowakei, die mit den Worten begann: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.“ Die auf diesem Hintergrund planvoll angezettelte „Septemberkrise“ endete mit dem „Münchener Abkommen“ vom 29./30. September 1938, in dem sich Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien auf Kosten der Tschechoslowakei auf „die etappenweise Besetzung des vorwiegend deutschen Gebietes durch deutsche Truppen“ einigten - was dann auch ab dem 1. Oktober 1938 geschah.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlicher Geschäftsführer
Rudolf Schwinn



Die Forderungen der Deutschen in Böhmen und Mähren nach völliger Selbstbestimmung in einem völkisch geschlossenen und abgegrenzten Raum innerhalb der neu gegründeten Tschechoslowakei, die schon 1920 erhoben wurden, kamen Hitlers Plänen sehr entgegen. Und so ließ sich schon früh die überwältigende Mehrheit der Deutschen in der Tschechoslowakei vom Gedankengut der Nazis begeistern, von den Erfolgen des „Dritten Reiches“ blenden und willenlos unter dem Stichwort „Selbstbestimmung“ mißbrauchen. Die Forderung Henleins und seiner Sudetendeutschen Partei vom 15. September 1938 „Wir wollen heim ins Reich!“ war nur die logische Konsequenz.

Im November 1938 folgte dann die berüchtigte „Reichskristallnacht“, und überall erscholl der Schrei „Juden raus!“. Deutsche wurden von Deutschen vertrieben, nur weil sie anderen Glaubens oder anderer Rasse waren.

1943, vor 45 Jahren, folgte ungezählten anderen Barbareien seit dem Überfall auf Polen vom 1. September 1939 ein weiterer schrecklicher Akt der Barbarei durch Deutsche: SS-Obersturmgruppenführer Stroop rückte mit seiner Truppe und drei Panzerwagen sowie drei Geschützen in das bis dahin übriggebliebene Ghetto ein, um Himmlers endgültigen Liquidierungsbefehl auszuführen. Bis zum 16. Mai 1943, fast einen Monat lang, dauerte der aussichtslose Kampf der Juden ums Überleben, bevor Stroop melden konnte: „Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschau besteht nicht mehr. Gesamtzahl der erfaßten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56.065.“ Die wirkliche Zahl der Ermordeten, in den brennenden und durch Sprengungen zusammengestürzten Häusern ums Leben gekommenen, in Kanalrohren Ersticken und Ertrunkenen und in den Bunkern Umgekommenen läßt sich nicht einmal annähernd abschätzen. Später wurde das Ghetto von deutschen Sprengtrupps vollends zerstört und dem Erdboden gleichgemacht.

Das ganze Inferno, das die Deutschen über Europa gebracht hatten, endete im Chaos. Europa war durch einen mörderischen von Deutschen entfachten Krieg zerstört und in vielfältiger Weise gespalten. Europa mit den alten nationalen Grenzen gab es nicht mehr. Das Deutsche Reich hatte aufgehört zu existieren. Nie wieder sollte sich Ähnliches in Europa wiederholen können. Und so hatten die Alliierten schon vor ihrem Sieg über Hitlerdeutschland festgelegt, wie dieses Deutschland zerteilt und verwaltet werden sollte.

Nicht lange währte die Einigkeit der Großmächte. Die Blöcke im Osten und Westen entwickelten sich, die Ideologien (und der sich im Westen immer stärker durchsetzende Antikommunismus) bestimmten die weiteren politischen Entscheidungen und Entwicklungen. Europa und die Welt spalteten sich in Ost und West: Kommunismus dort und Kapitalismus sowie eifernder Antikommunismus hier.

Karl Jaspers ahnte wohl, wohin es führen würde. Er wußte, wie schnell die Deutschen ihre Schuld an der Spaltung Europas und damit auch Deutschlands leugnen und sie anderen in die Schuhe schieben würden, um den Anspruch auf Verlorenes wieder erheben zu können. Jaspers schrieb: „Die Besinnung verlangt die Anerkennung der Folgen eines Kriegs, für dessen Anzettelung durch den Hitler-Staat und Durchführung durch die Generale wir, als Bürger des Staats, der dieses tat, hatten.“ Und an anderer Stelle seines Buchs „Freiheit und Wiedervereinigung“ schrieb der Philosoph: „Die Würde des vernünftigen Menschen liegt darin, daß er sich eingesteht, was geschehen und was getan ist. Die Würdelosigkeit bloßen Lebens liegt darin, einen Strich unter das Vergangene zu machen, zu vergessen und weiterzuleben aus dem bloßen Anspruch gegenwärtigen Daseins. Die Würdelosigkeit steigert sich, wenn die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit in Forderungen an andere endet.“ Und noch ein Wort Jaspers' sei den Unbelehrbaren vorgehalten: „Für uns Deutsche bleibt nichts übrig, als die territorialen Folgen, die geschehenen Austreibungen und Umsiedlungen, die Spaltung hinzunehmen, wenn wir nicht, nachdem wir seit 1933 Ursache der Weltkatastrophe geworden sind, nun Ursache der Menschheitsvernichtung werden wollen.“

Diese Erkenntnis wird auch heute noch verdrängt. Im innerdeutschen Ministerium gibt es noch alte Träume, und die Vernebelung und einseitige Darstellung lebt immer wieder auf. Das ist nachzulesen in einem Aufsatz von Dorothee Wilms, in dem sie schreibt: „Das tatsächliche neue Deutschland, die Bundesrepublik Deutschland, hat sich in der Annahme der ganzen deutschen Geschichte, in der Distanzierung von der Nazi-Diktatur und in der Auseinandersetzung mit dem totalitären Kommunismus geformt und seine Identität gefunden.“ Kein Wort von dem Marinerichter des „Dritten Reiches“, der es zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland gebracht hat, kein Hinweis auf den früheren Chef des Bundeskanzleramtes, der als Nazi die Rassengesetze mitzuverantworten hat. So schnell darf man nicht vergessen, und so einäugig darf Geschichte nicht gesehen werden!

In die Reihe der Träumer, Verdränger und Aufhetzer von heute gehört auch die Spitze des Bundes der Vertriebenen und auch Staatssekretär Hennig vom innerdeutschen Ministerium, der gleichzeitig immer noch Vorsitzender der Landsmannschaft der Ostpreußen ist. In der Kritik an dem inzwischen eingestampften Deutschland-Papier der CDU verstieg sich Herbert Hupka, Vorsitzender der Landsmannschaft der Schlesier, zu der Aussage: „Dieses ‚Deutschland in allen seinen Teilen‘ meint eben nicht nur die Bundesrepublik Deutschland und vielleicht dann noch Mitteldeutschland, die sogenannte DDR, sondern selbstverständlich auch Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße. Im Kommissionsentwurf war eine verbindliche Aussage über ganz Deutschland nicht zu finden.“ Und Hupka kann seiner Genugtuung über den Schritt zurück, den die Union in der Deutschlandpolitik getan hat, vollen Lauf lassen: „Auch dieser Satz fand den berechtigten Widerspruch: ‚Die Lösung der deutschen Frage ist gegenwärtig nicht zu erreichen.‘ Das schmeckte nach Resignation und Passivität. Jetzt ist dieser Satz ersatzlos gestrichen.“

Das Blatt, dessen Leitartikler der CDU-Politiker Hupka seit Jahren ist, bringt immer wieder Beiträge wie „Die Mitschuld des Widerstandes am Ausbruch des Krieges“ und Hinweise auf Bücher wie „War Deutschland allein schuld?“ oder „Vertreibungsverbrechen an Deutschen“ und „Die Wahrheit über von Weizsäcker - Enthüllungen über den Bundespräsidenten, der den 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet.“

Die Überwindung des Denkens von gestern ist für das Überleben der Menschheit notwendig. Es gibt unterschiedliche gesellschaftliche Systeme. Sie in Frage zu stellen, sie zu leugnen, wäre politisch dumm und töricht. Ihre jeweiligen Vorteile für die Menschen anzuerkennen und die Menschen in eigener Verantwortung darüber entscheiden zu lassen, welches System für sie das bessere ist, sollte Zielsetzung aufgeklärten demokratischen Denkens sein. Nicht die Abschaffung des jeweils anderen Systems, sondern der gewaltfreie Streit der Ideologien, die friedliche Koexistenz unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme in Europa sichern den Frieden. Der Abbau überholter Feindbilder, der offene Dialog über Systemgrenzen hinweg, der Mut zum neuen Denken, das Suchen nach neuen Wege - das sind die notwendigen Kriterien für Menschen, die eine friedvolle Welt aufbauen wollen.

Vor 80 Jahren, 1908, formierte sich unter dem Vorsitz von Rudolf Breitscheid auf der Ebene des Deutschen Reiches die „Demokratische Vereinigung“. Zu einem wesentlichen Merkmal ihrer politischen Zielsetzung gehörte „die Bereitschaft, an der Seite der Sozialdemokratie die Reaktion, wie sie sich immer nennen mag, (zu) bekämpfen“. Die Demokratische Vereinigung propagierte „die Durchführung einer Regierung, bei der Volkswille in letzter Linie entscheidend ist, sowie die Verwirklichung einer aufrichtigen Selbstverwaltung“. Außenpolitisch verfolgte sie bürgerlich-pazifistische Ziele. In allen sozialen Fragen wollte sie vom „Schutz der Persönlichkeit gegenüber allen Vergewaltigungen der politischen und wirtschaftlichen Machthaber“ ausgehen.

Für unsere Zukunft müssen die Jahre 1933, 1938, 1943, 1948 - und man könnte 1918 hinzufügen - Mahnung sein. Aber die Wahrung der Chance eines friedlichen Miteinanders über die unterschiedlichen Grenzen hinweg erfordert mehr als nur Erinnerung. Das Suchen nach neuen Wegen gehört dazu, auch wenn das Widerspruch und Gegenreaktion hervorruft.

Neues Denken erfordert Mut, braucht Ausdauer und geht nicht ohne Auseinandersetzung.

(-/23.11.1988/vo-he/rs)

* * *

Rita Süßmuth hat kaum Politik durchgesetzt

Mit ihrer Wahl zur Parlamentspräsidentin wird die CDU-Politikerin aus einer peinlichen Situation befreit

Von Dr. Rose Götte MdB
Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und
und Gesundheit des Deutschen Bundestages

Durch die Wahl zur Präsidentin des Deutschen Bundestages wird Frau Prof. Dr. Süßmuth aus einer Lage befreit, die von Woche zu Woche peinlicher für sie geworden wäre.

Mit erheblichem Vertrauensvorschuß sowohl von der eigenen Partei als auch von seiten der Opposition hatte sie ihr Amt als Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit angetreten und angekündigt, tatkräftige Anwältin der Jugend, der Frauen und der Familie zu sein. Mit wachsender Enttäuschung stellten die Frauen fest, daß Frau Süßmuth keine Chance hat, auch nur eines ihrer Vorhaben im Kabinett Kohl durchzusetzen:

- Die Entscheidung, Wehr- und Zivildienst zu verlängern, mußte sie widerspruchslos hinnehmen.
- Die Kürzung der Anspruchsdauer für Arbeitslosengeld von jungen Arbeitslosen auf sechs beziehungsweise neun Monate, die zu erheblichen Mehrbelastungen der betroffenen Familien führte, konnte sie ebensowenig verhindern wie die Streichung der Berufsausbildungsbeihilfe für Jugendliche, die im Elternhaus wohnen.
- Auch die Kürzung der Mittel für berufliche Bildungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Benachteiligungen junger Menschen auffangen sollten, hat sie nicht verhindert.
- Die von ihr angekündigte Erhöhung des Kindergeldes wurde bis heute ebensowenig in Angriff genommen wie die von ihr geforderte Verlängerung des Erziehungsgeldes.
- Das einzige von ihr auf den Weg gebrachte Gesetz war das Beratungsgesetz zum § 218, das helle Empörung unter den Frauen aller Fraktionen auslöste.
- Ganz besonders peinlich wäre es aber geworden, wenn Frau Süßmuth gegen einen Gesetzesentwurf der SPD hätte stimmen müssen, den sie in aller Öffentlichkeit für gut erklärt hatte: die SPD und die Mehrheit aller Frauen des Bundestages wollten die Vergewaltigung von Frauen in der Ehe ebenso unter Strafe stellen wie die Vergewaltigung außerhalb der Ehe. Dagegen erhoben einige Männer der CDU/CSU Einspruch. Wäre Rita Süßmuth Ministerin geblieben, hätte sie die zu erwartende Niederlage der Frauen im Parlament auch noch rechtfertigen müssen.

(-/23.11.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Walter Momper: Reformvorschläge für eine lebendige Demokratie

Der Berliner SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Walter Momper hält am Mittwoch abend in Berlin einen Vortrag zum Thema „Bürger fordern mehr Beteiligung - Reformvorschläge für eine lebendige Demokratie“. Wir dokumentieren das Resümee seines Vortrags.

Repräsentative Demokratie bedarf in weiten Bereichen der Ergänzung durch plebiszitäre Elemente.

Das verlangt Reformen an unserem politischen System. Reformen, die in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen mehr Autonomie und den Bürgerinnen und Bürgern mehr direkte Mitwirkung geben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit mache ich einige konkrete Vorschläge:

1. Das in Berlin für die Auflösung des Abgeordnetenhauses mögliche Volksbegehren und die Volksabstimmung darüber, soll auf alle Sachfragen erweitert werden.

Die oftmals gegen solche Bürgerentscheide ins Feld geführten Argumente greifen nicht durch. Wir müssen den Mut haben, darauf zu vertrauen, daß Bonn nicht Weimar ist, daß unsere Bevölkerung über Jahrzehnte im Umgang mit der Demokratie reifer und erfahrener geworden ist. Daß die große Mehrheit der Menschen begriffen hat, was ein demokratisches Staatswesen wert ist und nicht bereit ist, in unverantwortlicher Weise damit zu experimentieren. Mehr Verantwortung, mehr Mündigkeit muß auch bedeuten, daß die Bürger nach entsprechenden Initiativen in wichtigen Streitfragen selbst entscheiden können, welche politische Lösung sie wollen.

Für Parteien und Parlamente würde das ein Stück mehr Anbindung an Meinungen in der Bevölkerung bedeuten, ein zusätzliches Moment über Bürgernähe nicht nur zu reden, sondern sie auch zu praktizieren. Es würde deutlich machen, daß die Macht der Parteien im Parlament auch ihre Grenzen hat, da, wo der Souverän, nämlich die Bürgerin und der Bürger selbst sprechen. Und es würde das politische Geschäft ganz ungeheuer beleben, wenn künftig wahlkampfähnlich nicht mehr nur zwischen SPD und CDU, sondern um eine Autobahn, die Mietengesetze oder den Flächennutzungsplan unter Beteiligung aller Bürgerinitiativen und Interessenverbände gerungen werden würde.

Nebenbei bemerkt: Die Berliner SPD hat im Sommer 1987 mit ihrer Kampagne zur Mietpreisbindung derartiges in Form einer rechtlich natürlich nur unverbindlichen „Urabstimmung“ praktiziert. Unsere „Urabstimmung“, die wir gemeinsam mit den Mieterorganisationen durchgeführt haben, hat immerhin eine Beteiligung von 500.000 Bürgerinnen und Bürger gebracht. Das ist für mich ein Indiz, daß in der Bevölkerung das Bedürfnis nach unmittelbarer, nicht durch Parteien und Verbände gefilterter Artikulation durchaus vorhanden ist.

Als Willy Brandt 1969 Bundeskanzler wurde, hat er in seiner Regierungserklärung die Parolen „Mehr Demokratie wagen“ als wichtiges Ziel seiner Regierung genannt. Gemeint war damit konkret, daß getreu dem sozialdemokratischen Ziel der Demokratie als Lebensordnung, nicht nur als Staatsordnung, demokratische Entscheidungsverfahren in die einzelnen gesellschaftlichen Lebensbereiche eingeführt werden sollten.

Die wirtschaftliche Mitbestimmung ist ein herausragendes Beispiel. Unser Schulverfassungsgesetz, die Hochschulreformgesetze der damaligen Zeit, das Eigenbetriebsgesetz. All das sind Beispiele dafür, daß einzelne Lebensbereiche durch Mitwirkung und Mitbestimmung demokratischer gestaltet werden sollten. In einigen Bereichen haben wir selbst diesen Prozeß vermutlich aus Ängstlichkeit zu früh abgebrochen, in anderen hat die Wende seit 1981/82 diesen Prozeß gestoppt und auch zurückgedreht.

Bei diesem sozialdemokratischen Ziel wollen wir wieder anknüpfen. Denn nur, wo Lebensbereiche selbst demokratisch verfaßt sind, entsteht Bewußtsein für die Demokratie aus Lebensprinzip. Nur dort, wo Menschen sich mit ihrer Betroffenheit und mit ihrer vor Ort durch die unmittelbare Erfahrung gewonnenen Kompetenz selbst in einem Konflikt engagieren können, entsteht die Akzeptanz für die dann zu treffende Sachentscheidung.

2. Die politischen Parteien sollten sich auf ihren unmittelbaren Auftrag, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, beschränken. Ich fordere eine Überprüfung der Mitwirkung der Parteien in all den Kuratorien, Beiräten etc., von denen ich gesprochen habe.

Es ist nicht notwendig, daß in jedem Gremium dieser Art Parteienvertreter sitzen. Ihre Mitwirkung führt häufig dazu, daß die Interessen der Institution, um die es jeweils geht, bereits durch die parteipolitische Brille gefiltert werden. Die Präsenz der Parteimitglieder in derartigen Gremien führt leicht dazu, die betreffende Institution auch parteipolitisch steuern zu wollen. Das gilt gerade für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Denkbar ist, daß statt der jetzigen Parteienvertreter direkt Bürgervertreter in den Rundfunkrat entsandt werden. Diese Bürgervertreter sollten je Bezirk in direkter Wahl bestimmt werden. Eine solche Konstruktion würde das Bewußtsein der Bürger, daß der SFB ihr Sender ist, zweifellos stärken und das jetzige Beherrschungssystem des Senders ins Wanken bringen.

3. Auch in den Parteien selbst muß sich etwas ändern. In meiner Partei, der SPD, beklagen wir, daß zuviel Zeit und Kraft für das Innenleben der Partei draufgeht. Die Vielfalt der Gremiensitzungen kosten viel Zeit. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß häufig die Kraft und die Zeit für die Diskussion mit den Bürgern, für die Arbeit nach außen fehlt. In anderen Parteien ist es ähnlich, selbst wenn sie nicht eine so ausgeprägte Mitgliederpartei sind wie die Sozialdemokratie.

Es wäre für die Parteipolitik in Berlin sehr heilsam, wenn die Persönlichkeitswahl ausgeweitet werden würde. Die Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen sollte von der Abgeordnetenhauswahl getrennt werden. Die von uns geforderte Teilnahme von Ausländern, die länger als fünf Jahre rechtmäßig in Berlin leben, wird die Bezirkspolitik um eine zusätzliche grobe Volksgruppe bereichern. Und die Wahl der Bezirksbürgermeister sollte direkt erfolgen. Im Sinne der Stärkung der Bezirke soll diese Maßnahme dazu beitragen, daß auf diese Position Persönlichkeiten gewählt werden, die den Bezirk und die Mehrheit seiner Bürger in hervorragender Weise verkörpern und gegenüber der Landesregierung, dem Senat, vertreten. Eine solche Direktwahl würde auch Einzelbewerber außerhalb der Parteien eine Chance geben. Für derartige Einzelkandidaturen wäre ein Mindestquorum unterstützender Unterschriften (zum Beispiel 1.000) festzusetzen.

4. Es soll die Einrichtung der Institution eines oder einer Bürgerbeauftragten gesetzlich in Berlin geschaffen werden, dessen/deren Kompetenzen gesetzlich verankert werden.

Grund dafür ist der zunehmende Unmut über die Bürokratie. Der oder die Bürgerbeauftragte soll eine effektive Kontroll- und Beschwerdeeinstanz für alle Berlinerinnen und Berliner sein und die Bürokratie auf Trab bringen. Er soll durch seine Tätigkeit helfen, eine bürgerfreundliche Grundhaltung auf allen Ebenen der Verwaltung durchzusetzen, bürokratisches Denken abzubauen sowie komplizierte und wirklichkeitsfremde Vorschriften und Gesetze zu ändern. Er soll zu einer Entbürokratisierung des gesamten Verhältnisses zwischen Staatsapparat und Bürger beitragen. Sein Wirken richtet sich dabei gleichermaßen auf das Parlament, die Regierung und die Verwaltung, die er allesamt zu einer bürgernahen Politik anhalten soll.

Voraussetzung für den Erfolg eines so anspruchsvoll gesteckten Ziels ist, daß das Amt des Bürgerbeauftragten von einer starken, erfahrenen und geistig unabhängigen Persönlichkeit wahrgenommen wird. Voraussetzung ist weiterhin, daß der oder die Bürgerbeauftragte weisungsfrei handeln kann und weitreichende Kompetenzen erhält. Voraussetzung ist drittens, daß er die Öffentlichkeit als Machtinstrument im Interesse der Bürger nutzt.

Im Interesse der Demokratie selbst will ich einen Beitrag dazu leisten, diese Staats- und Lebensform fortzuentwickeln. Im Interesse der Parteien schlage ich vor, die repräsentative Demokratie mit - wie Ernst Fraenkel es formuliert hat - einem Schub plebiszitären Öls zu salben. Öffnen wir die Türen der Politik ganz weit für die Bürgerinnen und Bürger. Die Politiker in den Parteien sollen nicht alles regeln und machen wollen. Sie müssen die Gesellschaft, ihre Organisationen und die Menschen direkt an Entscheidungen und Regelungen ganz unmittelbar teilhaben lassen. Dann werden wir weiter eine lebendige Demokratie haben.

Das ist die Zukunft, die ich mir für unsere Parteidemokratie wünsche. (-/23.11.1988/vo-he/rs)

SPERRFRIST: 23. November, 19.00 Uhr